

INFObrief 5

August 2007



Vorbemerkung der Redaktion:

Aufgrund der Sommerpause entfallen in dieser Ausgabe die sonst üblichen Berichte aus dem Integrationsbeirat bzw. Ausschuss.

Während der Hauptreisezeit des Jahres richtet auch das Redaktionsteam den Blick im Schwerpunkt auf Themen, die über Essen hinaus gehen und gleichwohl Flüchtlinge in unserer Stadt betreffen.

nen dort Rat gesucht. Insgesamt sind 843 Anfragen und Beratungen durchgeführt worden. Die meisten Ratsuchenden waren Personen aus dem Libanon; gefragt wurde vor allen zu den Themen Familie, Migration, Aufenthalt und Soziales. Der Sitz des Vereins befindet sich jetzt an der Weberstr. 15.

(Aus WAZ, Lokalteil Essen, 26.07.07)

von Menschenwürde, Chancengleichheit." Bildung sei ein Menschenrecht und kein Marktinstrument. ...

Die Vereinten Nationen warfen dieses Jahr bereits zweimal - einmal über den Berichterstatter Muñoz und noch einmal über ihr Kinderhilfswerk Unicef - ein drastisches Licht auf das Leben von mehreren zehntausend Flüchtlingskindern in Deutschland.

Nachrichten aus der Kommune

Libanesen setzen auf Initiative zur Bildung

Zedernverein beriet 476 Personen

Der Libanesische Zedernverein will ab August eine Bildungsinitiative für das kommende Schuljahr starten. Gedacht ist an bilinguale Erziehung, Nachhilfeunterricht für Kinder im Elementar – und Primarbereich sowie Sprachförderung für Erwachsene im Rahmen von Familienbildung.

Vorsitzender Mohammed Masri: Seit der Gründung des Libanesischen Zedernvereins im Jahr 2000 wird versucht durch Beratungen, Infoveranstaltungen und Bildungsinitiativen eine verbesserte schulische und soziale Integration der hier in Essen und Umgebung lebenden Libanesen zu erreichen.

Im Jahr 2006 haben dem Jahresbericht des Vereins zufolge 476 Perso-

Über den Tellerrand

Flüchtlingskinder haben schulfrei

Viele Kinder in Deutschland haben eingeschränkten oder keinen Zugang zu Bildung, so der UN-Sondergesandte Vernor Muñoz. Bundesregierung und Ländern schweigen.

von J. Goddar

Selektiv, diskriminierend und ungerecht - so urteilte Muñoz schon vor einem Jahr über das deutsche Schulsystem. ... In Berlin hat Muñoz auch seine herbe Kritik an dem Fokus des weltweiten Bildungswesens wiederholt. "Bildung wird viel zu sehr unter ökonomischen Gesichtspunkten verstanden", erklärte er. Bildung sei aber nicht in erster Linie ein Mittel im Kampf gegen Arbeitslosigkeit: "Das Ziel von Bildung ist die Herausbildung freier Persönlichkeiten, der Erhalt und die Prägung

Kinder in Angst vor Abschiebung trauen sich nicht nur häufig nicht zur Schule. In drei Ländern, Hessen, Baden-Württemberg und dem Saarland, sind sie nicht einmal schulpflichtig, in Nordrhein-Westfalen wurde die Schulpflicht erst 2005 eingeführt. Während Schüler in Hessen und Baden-Württemberg ein "Antragsrecht" auf Schulbesuch haben, ist ihnen der Zutritt zum Unterricht im Saarland ganz verwehrt. Mit Vehemenz fordert Vernor Muñoz die Bundesregierung auf, ihren Vorbehalt gegen die UN-Kinderrechtskonvention, die auch Kindern von Flüchtlingen ein Recht auf Schulbesuch einräumt, zurückzuziehen.

Gegen die Kinderrechtskonvention - die Deutschland mit einem einzelnen Vorbehalt unterzeichnet hat - verstößt auch die frühe Selektion der Kinder. Dies nicht nur, weil sie den theoretisch gleichberechtigten Nachwuchs mit zehn Jahren auf drei Schultypen aufteilt, die sie mit ganz unterschiedlichen Aussichten wieder

verlassen. Sondern vor allem, weil es unbeachtet von der Öffentlichkeit noch einen vierten Schultyp gibt, der all die aufnimmt, die niemand haben will und in der nicht einmal ein Pisa-Tester zu Gast war: Sonderschulen, Förderschulen, Schulen für Lernbehinderte.

Mehr als 400.000 Schülerinnen und Schüler in Deutschland - Kinder mit Behinderungen, aber auch mit Lernstörungen oder Verhaltensauffälligkeiten - besuchen eine Schule, über deren Besuch sie nicht freiwillig entscheiden und deren Sackgassen-Status unstrittig ist. Dass ein einfacher Verwaltungsakt Kinder für ihre gesamte Schullaufbahn an eine Sonderschule verweisen darf, ist nur ein Teil des Skandals.

Der größere ist, dass die Schulen Orte von Chancenlosigkeit sind: Schüler aus sozial schwachen Familien und Kinder von Zuwanderern sind mit mehr als 50 Prozent überrepräsentiert. "Nicht die Menschen müssen sich dem Bildungssystem anpassen, sondern das Bildungssystem den Menschen," setzt der Bildungsrechtler Muñoz dagegen.

(Die Tageszeitung, 25.07.07)

ProAsylFlüchtlingsrat Essen informiert seit einigen Monaten verstärkt über die Situation von Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen.

Unsere ehemalige Praktikantin Linda Ebbers, die in wenigen Wochen, in Melilla (Nordafrika) einen Grenz-

posten der Festung Europa besuchen wird, berichtet von einem Seminar von bei Amnesty international:

Afrikanische Träume - europäische Ängste: Migration in Nordafrika und die Rolle der EU

Die Bilder von aufgegriffenen Schiffen vor der Küste Italiens und Spaniens, der Fall Cap Anamur, die Ereignisse in Ceuta und Melilla; Flucht und Migration, die Bilder von Boatpeople auf dem Weg von Nordafrika nach Europa sind spektakulär und lassen sich medienwirksam vermarkten.

Einen analytisch geschärften Blick warfen die Teilnehmer des Seminars auf dieses Thema und versuchten anhand der unterschiedlichen Referentenbeiträge und Dokumentarfilme facettenreiche Hintergrundinformationen auszutauschen und die Rolle der EU zu diskutieren.

Neben der detaillierten Länderinformation, im Speziellen in Bezug auf die Menschenrechts- und Flüchtlingssituation zu Marokko, Tunesien, Algerien und Libyen standen deren Verbindungen untereinander und zur EU, bzw. einzelnen Ländern der EU im Vordergrund.

Das menschenverachtende und rechtswidrige Vorgehen der Länder wird zum Großteil von der EU oder einzelnen Ländern finanziell oder materiell unterstützt oder es wird an dem Verkauf von Überwachungsmaterial der Grenzen sogar noch verdient. Wirtschaftsabkommen und Handelsbeziehungen werden nicht zuletzt an Rücknahmeabkommen von Flüchtlingen gekoppelt.

Die Aufgabe und Rolle der Grenzschutzagentur FRONTEX und über die RABIT Verordnung, einer Interventionseinheit für Europa wurden in



Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche / Woche der ausländischen Mitbürger (23. bis 29. September 2007)
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt am Main

diesem Zusammenhang mit Karl Kopp, Europareferent von der Bundesarbeitsgemeinschaft Pro Asyl, diskutiert.

Darüber hinaus wurde versucht, Fluchtströme und Fluchtwege nachzuzeichnen und die Fluchtursachen differenziert zu betrachten. Mit medialer Unterstützung von Dokumentarfilmen von Leona Goldstein wurden Fluchtgründe und die Bedeutung der Flucht für den Flüchtling und dessen Familie klarer herausgearbeitet.

Der Druck, das Ziel Europa zu erreichen, sei nicht zuletzt aufgrund der familiären „Investition“ in den Flüchtling sehr hoch. Diejenigen Flüchtlinge, die den Weg nach Europa geschafft haben und zudem eine Arbeitsstelle finden konnten, leisten mit ihren Geldüberweisungen zu ihren daheim gebliebenen Familien oft einen überlebensnotwendigen Beitrag zum Familieneinkommen.

Die Abwanderung von jungen Menschen, meist jungen Männern, verursacht ein „brain drain“; die potenziellen Hoffnungsträger des Landes flüchten nach Europa.

Sehr eindrückliche Berichte zum Teil von Organisationen in den Flucht- und Transitländern führten das Engagement von Einzelpersonen und Organisationen der Zivilgesellschaft zu der Problematik der Flucht vor Augen.

Selbst in den Ländern, in denen die Regierung versucht dagegen zu arbeiten, gibt es eine hoffnungsvolle Zivilbevölkerung, die sich für die menschenwürdige Behandlung der Menschen auf der Flucht und abgeschobener Rückkehrer einsetzt.

Das Seminar bot die Möglichkeit einer sehr eindringlichen und perspektivenreichen Auseinandersetzung mit dem Thema.

Rechtsprechung

Zahl der Asylanträge auch im ersten Halbjahr 2007 weiter rückläufig

Im ersten Halbjahr 2007 wurden in Deutschland 8.465 Asylersanträge gestellt. Damit kamen im Vergleich zum ersten Halbjahr des Vorjahres 2.344 Asylersantragsteller weniger nach Deutschland.

Hauptherkunftsländer im ersten Halbjahr 2007 waren Serbien, der Irak und die Türkei. Auch die Zahl der Asylfolgeanträge ist um 1.066 gesunken: im ersten Halbjahr 2007 wurden 3.702 Asylfolgeanträge gezählt, im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es noch 4.768.

(Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge)

Leistungen für Flüchtlinge in der Ausbildung

Flüchtlinge und MigrantInnen in schulischen oder betrieblichen Berufsausbildungen sowie Studierende, die wegen § 8 BAfoeG oder § 63 SGB III bisher weder Leistungen der Ausbildungsförderung noch ALG II bekommen und denen wegen der Ausbildung das Existenzminimum entzogen wurde, können AB SOFORT zumindest ALG II als Darlehen bekommen.

Offen bleibt, wie die Betroffenen krankenversichert werden können, und wovon sie das Darlehen zurückzahlen sollen.

Dennoch ist in jedem Fall zu empfehlen:

Umgehend bei den Jobcentern-/ArGE entsprechende ANTRÄGE stellen!

Bundesgesetzliche Bleiberechtsregelung: Bundesrat beschließt Änderung des Zuwanderungsgesetzes – Inkrafttreten nach Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt

Am Freitag, den 6. Juli 2007 hat der Bundesrat die Änderung des Zuwanderungsgesetzes beschlossen und damit auch die neue bundesgesetzliche Bleiberechtsregelung in §104a AufenthG. Als neuer Stichtag für die Bleiberechtsregelung wurde der 1. Juli 2007 festgelegt. Wer an diesem Tag 6 Jahre in Deutschland ist (Familien und unbegleitete minderjährige Flüchtlinge) bzw. 8 Jahre (allein stehende Personen), kann einen Bleiberechtsantrag stellen. Die Regelung tritt in Kraft, wenn sie im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde.

Die Voraussetzungen für die neue bundesgesetzliche Bleiberechtsregelung ähneln denen der IMK-Bleiberechtsregelung, sind jedoch im Detail unterschiedlich. Ein wesentlicher Vorteil der neuen Bleiberechtsregelung ist, dass eine Sicherung des Lebensunterhaltes im Vorfeld nicht gefordert wird. Bei Vorliegen aller weiteren Voraussetzungen (keine Straftat, Aufenthaltsbeendigung nicht verzögert, Deutschkenntnisse, Pass liegt vor etc.) wird eine Aufenthaltserlaubnis bis zum 31.12.2009 erteilt. Erst dann muss sichergestellt sein, dass der Lebensunterhalt überwiegend eigenständig gesichert ist (oder seit dem 1.4.2009 gesichert war), und eine positive Lebensunterhaltssicherungsprognose vorliegt. Der neue §104b ermöglicht es zudem ledigen Kindern von Geduldeten ein eigenständiges Aufenthaltsrecht zu bekommen, wenn die Eltern ausreisen müssen bzw. abgeschoben werden. Hierzu müssen die Kinder am 1. Juli 2007 das 14. Lebensjahr voll-

det haben, seit mindestens 6 Jahren in Deutschland leben und sich in die hiesigen Lebensverhältnisse eingefügt haben.

*(Aus Schnellinfo des Flüchtlingsrates
NRW vom 16. Juli 2007)*

Termine

● 27.08.2007

Fairer Handel wohin?

Wie hat sich der Faire Handel und die Arbeit der Weltläden entwickelt? Wie wird der Faire Handel in Zukunft aussehen? An diesem Abend möchte Fair Handeln Essen in lockerer Runde, auf die Arbeit der vergangenen 10 Jahre zurück blicken und einen Ausblick auf die nächsten 10 Jahre wagen. 19:30 Uhr kath. Stadthaus Essen, Bernestr. 5; Anmeldung und Fragen unter:

fair-handeln-essen@gmx.de bei Susanne Schinske

● 01.09.2007 (Antikriegstag)

Frieden für Afghanistan

Gegen die Verlängerung der Bundeswehrmandate Kundgebung; 11-14 Uhr, Porschekanzel vor der Marktkirche

● 11.09.2007

Gespräch und Filmvorführung mit José Palazón Osma und Maite Echarte Mellado von der spanischen Kinder- und Menschenrechtsorganisation PRODEIN waren von Juni 05 bis Oktober 05 vor Ort, um mit einer Amateurkamera unter erschwerten Bedingungen Beweise und die Aussagen der Flüchtlinge zu dokumentieren. 19.30 Uhr, Heldenbar im Grillotheater, Theaterplatz 11

● 15.09.2007

Bundesweite Demonstration der Friedensbewegung in Berlin gegen

die Mandatsverlängerung der Bundeswehr-Einsätze in Afghanistan durch den Bundestag. Von Essen fahren Busse zur Demo in Berlin. Fahrkarten werden an den Infoständen des Friedens-Forum auf der Porschekanzel am 04.08.2007 und 01.09.2007 jeweils von 11-14 Uhr verkauft.

● 19.09.2007

19 Uhr, Volkshochschule Essen, Burgplatz 1

Ist Nächstenliebe antisemitisch?

Referent: Prof. Dr. Rolf Verleger, Mitglied des Zentralrats der Juden in Deutschland

Veranstalter: Essener Friedens-Forum, Volkshochschule Essen

● 23.09.2007

Eröffnung der "Interkulturellen Woche 2007 - Woche der ausländischen Mitbürger"

10 Uhr Gottesdienst in der Marktkirche;

11 Uhr Podium vor der Marktkirche; Themen: Menschenhandel spez. Frauenhandel, Organhandel

Wir bitten Sie um Unterstützung

Als Fördermitglied von ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen sind Sie herzlich willkommen. Falls Sie selbst schon Fördermitglied sind, bitten wir Sie, in Ihrem Umfeld zukünftige UnterstützerInnen anzusprechen.

Die Beitrittserklärung senden Sie bitte an:

Förderverein ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen, Maxstr. 11, 45127 Essen

Falls Sie uns lieber durch eine Spende unterstützen wollen, erbitten wir diese auf unser Spendenkonto:

Kontonr. 1600626,

Sparkasse Essen, BLZ 36050105

Der Förderverein ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e. V. ist als gemeinnütziger Verein anerkannt. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind daher steuerlich absetzbar. Eine Spendenquittung senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres automatisch zu.

Anschrift: ProAsyl/Flüchtlingsrat Essen e.V., Maxstraße 11, 45127 Essen

Tel: 0201 / 20539

Fax: 0201 / 232060

Mail: info@proasylessen.de

Bankverbindung: Kontonr. 1600626, Sparkasse Essen, BLZ 36050105

Internet: www.proasylessen.de

Redaktion: Uwe Pfromm, Alexander Pott



Diese Publikation gibt die Meinung des Verfassers wieder. Die Kommission ist nicht verantwortlich für die Verwendung der Informationen.

Das Projekt wird aus Mitteln des Europäischen Flüchtlingsfonds kofinanziert.